



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitragsregister.

Inhalt: Auferstehen! — Ostern! — Vom Arbeits- und Geschäfts-Interesse. — Aus dem Genossenschaftsleben. — Korrespondenzen (Mainz-Biesbaden, Mannheim-Ludwigshafen, Stuttgart). — Rundschau. — Adressenänderungen. — Anzeige.

Für die Woche vom 7. bis 13. April 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 15 bezeichnende Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Ostern!

Ostern, das christliche Fest der Auferstehung Jesu, hat nach dem Geschichtschreiber Karl des Großen, Einhard, seinen Namen von Ostara, einer Göttin der alten Deutschen, der Göttin des aufsteigenden Lichtes, der Morgenröte, des Frühlings, welcher der April (Ostarrmonath) gewidmet war, weil wahrscheinlich um diese Zeit eines der ihr geweihten Feste fiel. Mit dem Kultus aber, der jener Frühlingsgöttin vor Einführung des Christentums gefeiert wurde, hängen noch die heutigen in manchen Gegenden des Deutschen Reiches üblichen Gebräuche des Osterfestes, des Osterwassers, der Osterkerze usw. ab. Auch die Namen der Osterberge und Osterwälder stehen in inniger Verbindung mit diesem Ostarrath. Wurde das Fest bei den alten Deutschen als ein Freudenfest gefeiert, so behielt es auch fernerhin seine Bedeutung als ein solches nach Einführung des Christentums der alten Kirche und so wird uns denn aus dem Mittelalter noch vom sogenannten Ostergeächter berichtet. Dieses bestand darin, daß nämlich in den Osterpredigten zur Erheiterung der Zuhörer allerlei Schwänke (Ostermärlein) erzählt wurden, die eine allgemeine Heiterkeit auslösten. Auch pflegten an einzelnen Orten die Bischöfe und Prälaten mit ihren Klerikern Brett und Ball zu spielen oder lustige Reigen mit Gefängen in der Weise der Saturnalien der alten Römer aufzuführen.

Aber nicht nur die alten Deutschen und die Christen des Mittelalters erfreuten sich dieses Festes. Nein, auch der moderne Mensch, der losgelöst von Aberglauben und Dogma ist, kann und soll sich dieses Frühlingsfestes erfreuen, dieses Festes der Auferstehung der Natur und ihrer Kräfte, denn „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche durch des hohen Frühlings belebenden Blick, im Tale grünt Hoffnungsglück“, so heißt es schon in der Spaziergängerzene des Faust mit seinem Famulus Wagner. Ja, hinweggefegt hat der Frühlingssturm alles Beengende, alles Niederdrückende, freier und froher, kühner und höher ist die Brust geschwellt und gierig saugt sie die süßen Frühlingsdüfte ein, denn lange, lange Zeit ruhte die Erde im Winterschlaf und wie ein Alp lagerte die Finsternis über den Gemütern der Menschen. Neu verjüngt ist die Natur nach Abzug der Winterdürre. Überall regt es sich zu neuem Leben und neuem Wirken. Wohl überziehen noch sie und da einige Schauer körnigen Eises die grünende Flur, wohl können noch kleine Fröste der jungen keimenden Saat einigen Schaden bringen, doch daß es nicht zu spät kommt, dafür sorgt die alles erwärmende Sonne mit ihren Strahlen, die stetig alle diese Nachzügler des Winters überwältigt.

Und wie sich alljährlich der Frühling der Erde in freier Entfaltung der Naturkräfte zeigt, so zeigt sich auch das klassenbewußte Proletariat

dem Kapitalismus als eine der größten Entwicklungsfähige Masse. Auch dem Proletariat haben die Frühlingsstürme die Fortien zu freier Betätigung geöffnet. So ist es auch auferstanden aus „Sandwerk- und Gewerbebanden“, ist zusammengetreten, um seine Rechte zu wahren, um sich vom Joche geistiger Bevormundung, der Ausbeutung und der Rechtslosigkeit zu befreien. Die zünftlerischen Bestimmungen mittelalterlicher Denkungsweise sind in ein Nichts zerfallen vor dem Geiste, der die moderne Arbeiterbewegung beselzte. Weder Ausnahmegeetze und Verfolgungen, weder das System der schwarzen Listen noch die Massenausferrungen vermochten die kampferprobte Masse zu erschüttern. Ausgehalten hat sie bei all diesen Stürmen reaktionärer Mache. Und immer neue Scharen stürmen aus „niedrigen Häusern, dumpfen Gemächern, aus dem Druck von Siebeln und Dächern“ hervor, um sich des Vorfrühlings zu erfreuen, der mit all seinen Gaben die Herzen der Bedrückten, der mitummer und Sorge Beladenen erquickt. Der Drang nach „Bildung und Streben“ ist übermächtig in ihnen geworden. Nichts kann sie mehr abhalten, sich geistige Freiheit zu erobern. Eng verbunden mit diesen geistigen Freiheiten ist das Streben nach Verbesserung der materiellen Lage. Die maßlosen Ausbeutungen, rücksichtsloses Antreiben zu erhöhter Arbeitsleistung verknüpft mit Erfindungen raffiniertester Kontrollsysteme vermochten die ermüdeten Arbeitskräften davon abzulenken, sich mit der Vertiefung in die Materie des Sozialismus zu befassen. Aber Vorträge, in leicht verständlicher Art beigebracht, wirkten Wunder. Es sprach sich weiter und weiter. Die Anregungen überwandten alle Müdigkeit und so sehen wir denn heute, daß eine geschlossene Masse bereit ist, für ihre Ideale einzustehen. Dies haben sich auch verschiedene Unternehmer schweren Herzens eingesehen müssen. Sie versuchten darum durch Einführung von Alterszulagen und sonstigen Vergünstigungen sich einen Stamm ihr ihnen ergebender Arbeiter zu bilden, um ihnen gegebenenfalls als treue Stützen zu dienen. Solche Mittelchen haben aber bereits vielfach fehlschlagen, denn der Geist, den sie begraben wähten, war nicht mehr da. Er war auferstanden. Und so hört man sie jammern und wehklagen, aber was hilft es, daß sie den Staat um neue Ausnahmegeetze anrufen, der Geist läßt sich nicht mehr bannen.

Einen tüchtigen Rückenhalt und die Hoffnung der besseren Zukunft hat sich darum auch die schon in manchem harten Strette erprobte Arbeiterkraft in ihrer Organisation der Jugend geschaffen. Mit Stolz sieht heute das Proletariat auf seine jugendlichen Mitkämpfer für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, weiß es doch, daß es, mögen noch so wilde Stürme das Erstarken des Proletariats verhindern wollen, des großen Sieges gewiß ist, denn mit ihm ist die Jugend, die Bannerträgerin der Zukunft. Dann aber können wir erst recht das Osterfest als Fest der Freude betrachten, das Fest der Auferstehung aus geistiger und materieller Knechtschaft und Bedrückung.

## Auferstehen!

Nun siegte das Licht!  
Auf tausend Zweigen  
Drängen Knospen dicht!  
Aus braunem Schollenland steigen  
Zartgrüne Triebe. In allen Rainen  
Wiegen sich Sämlinchen, jung noch und schwach.  
Aber, gemacht,  
Laß nur die Sonne scheinen  
Mit warmem Glanz:  
Dann hebt ein duftbunter Blumenkranz  
Sich aus den unfruchtbarsten Steinen!

Nun siegte das Licht!  
Alles Leben will auferstehen!  
Länger duldet's die Sonne nicht,  
Daß wir durch Sturm und Dunkel gehn!  
Die Ihr in Not und Sorgen gebannt,  
Hebet das Haupt! Euch winken die Weiten,  
Wo im schimmernden Zukunftsland  
Freie und starke Menschen schreiten!  
Doch nicht durch Wiesen und lachende Auen  
Führt Euch der Pfad, der schwere und steile, —  
Denn zur Freiheit, zum Menschheitsheile  
Müht Ihr Euch selbst die Wege bauen!  
Schritt für Schritt nur geht es hinauf!  
Wer keinen Mut hat, wer matt wird und fräge,  
Dem tun sich Frühlingswunder nicht auf, —  
Der bleibt einsam liegen am Wege!  
Nur wer Licht und Sonne begehrt  
Unaufhaltbar und ohne Ermatten,  
Der steigt empor aus dem Reiche der Schatten,  
Wo die Sorgen und Nöte wehen  
Um des Alltags ärmlichen Ford, —  
Der wird liegen und auferstehen!

U. U.

## Vom Arbeits- und Geschäfts-Interesse.

„Sie haben kein Interesse für's Geschäft“ usw., dergleichen Worte haben gewiß schon viele unserer Kollegen und Kolleginnen von Seiten des Unternehmers oder dessen Vertreters in Bezug auf ihre Person zu hören bekommen. Was selbstverständlich ist, versteht sich aber nicht immer von selbst. Gewiß wird man voraussetzen müssen, daß der größte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen jederzeit das Bestreben hat, die ihnen übertragene Tätigkeit sachgemäß auszuführen, schon deshalb, um sich Ladel zu ersparen. Es ist aber auch nicht immer angebracht, schon beim Engagement und zumal auf Befragen zu erklären, daß man vollkommen perfekt sei, was sich später sehr häufig als unwahr herausstellen muß. Besser gleich eingestanden, wie die Sache eigentlich liegt, um event. Unannehmlichkeiten, die in der Folge nicht ausbleiben werden, zu vermeiden. Die vielfach verbreitete Anschauung Arbeitstlofer, schon sich schon machen, ist ein Risiko, was dem Betreffenden mehr Schaden als Nutzen bringt, da er auf die Dauer in seiner Stellung sich doch nicht zu halten vermag. Ueberall bleibt zu wünschen übrig und auf der Suche nach einem wirklich idealen Arbeitsverhältnis sind schon viele alt geworden, ohne jemals das zu erreichen, was sie immer gewünscht haben. Daher kommt es auch, daß nach Ansicht der Herren Prinzipale unter den Arbeitern das nötige Geschäftsinteresse nicht in genügendem Maße vorhanden sein soll. Die wiederkehrenden Fälle beweisen, daß es hier aber am Selbstverständlichen fehlt, und zwar liegen die Ursachen weniger auf Seiten der Arbeiterschaft, als vielmehr auf derjenigen der Geschäftsleitung des Betriebes. Entweder ist etwas in der Organisation nicht richtig oder es liegt an zweckmäßiger Disposition und Anordnung, häufig steht aber auch nicht der richtige Mann an leitender Stelle. Vom Arbeiter verlangt man mehr als billig und rechtlich verlangt und gefordert werden kann, die Anordnungen sind widersprechend, das Hand in Hand arbeiten ist ausgeschlossen und der rationelle Betrieb des ganzen Unternehmens gerät ins Stocken. Diese bestehenden Mängel und Schäden der Arbeiterschaft aufs Konto zu setzen, ist ziemlich leicht, entspricht aber nicht der Wahrheit und am allerwenigsten sind berartige Auslassungen des Unwillens dazu angetan, die Unfähigkeit der leitenden Persönlichkeiten zu verhillen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade für geringe Entlohnung sehr oft eine große Arbeitsleistung verlangt wird. Auch hier treffen sich wieder die Gegenfälle, gut und viel ist unvereinbar, Qualität oder Quantität muß darunter leiden und es entstehen Konsequenzen, die nur geeignet sind, im Arbeiter das Gefühl zu bestärken, daß man nicht weiß, was man will und womit dem verständigen Menschen das Interesse an der Arbeit berekelt wird. Zumal der ungelernete Arbeiter, dem das Glück nicht wohl will und der Zeit seines Lebens selten das untere Niveau seiner Stellung überschreitet, wird trotz aller Tauglichkeit, Fleiß und auch Geschäftsinteresse weder Anerkennung noch Dank ernten.

Jeder Arbeiter weiß ganz genau, daß die begehrt und besser bezahlten Stellen nicht so häufig sind wie die anderen, und daß keineswegs allemal nur derjenige hinein kommt, dessen Eigenschaften ihn dazu befähigen. Wäre dieser Anspruch gegeben, daß jeder nur vermöge seiner Tüchtigkeit und Brauchbarkeit im Leben vorwärts kommen könnte, so stünde es im Arbeiterstande um vieles besser. In jeder Arbeitsstellung wird aber treueste Pflächterfüllung und das Geschäftsinteresse verlangt, und es ist mitunter bei den heutigen Anforderungen weit weniger leicht zu befriedigen, weshalb oft die Versuchung nahe liegt, nur die vertragsmäßige Pflicht laut Arbeitsordnung und nicht mehr zu tun.

In kleineren Geschäften gilt der geringere Arbeiter immer noch als unentbehrlicher, weil er nicht bloß einen Teil des ganzen Betriebes, sondern auch seiner Beschäftigung nach ein lebendiges Wesen darstellt, in der seine Arbeit nicht ganz geistlos und mechanisch ist. In den modernen großen Druckereien, wo die Arbeitsteilung vermöge der Spezial-Maschinen bis ins

kleinste vorgeschritten ist, kann der gewöhnliche Arbeiter das Ganze gar nicht überblicken. Er sieht nur einen kleinen Teil aus dem großen Betriebe vor sich. Das Tätigkeitsfeld des Einzelnen wird hier eng umgrenzt und der Darinsiehende kann es nur schwer durch eigene Kraft und Fähigkeit erweitern. Es ist darum durchaus erklärlich, wenn durch mangelnden Ueberblick auch das Interesse für das große Ganze verloren geht und einer einseitigen Auffassung Platz macht. Der Mensch, der tagtäglich dieselbe Detailarbeit verrichtet oder dieselbe Maschine bedient, wird mechanisch und selbst zur Maschine. Aber die ewig gleichbleibende Tätigkeit hat noch andere Nachteile im Gefolge, indem das eintönige monotone den menschlichen Geist ohne Anregung läßt und die wirklich vorhandenen geistigen Fähigkeiten und Anlagen nicht zur Entwicklung kommen können. Mancher würde gemäß seiner Intelligenz und Bildung weiter kommen, wenn er an anderer Stelle sich betätigen könnte, was aber nur Wenigen geboten ist.

Hierin ist auch der Grund zu suchen, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft ziemlich gleichgültig allen Bildungsbestrebungen gegenüber steht. Nur den Blick auf das Alltägliche gerichtet und mit den Errungenschaften seines fragwürdigen Daseins soweit zufrieden, ist für geistige Zwecke weder der Wille und mitunter auch die Zeit nicht vorhanden. Die Folgen sind, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeiterstandes immer bedrängte bleiben und durch die kapitalistische Produktionsweise noch mehr herabgedrückt werden. Tritt einmal Arbeitslosigkeit ein, so sind bei einem in solcher Spezial-Tätigkeit geübten Arbeiter die Chancen besonders ungünstig und es wird dem Betreffenden schwer, sich anderwärts einzuarbeiten, zumal wenn die neue Beschäftigung ganz anders gerartet ist wie die vorhergehende. Der Unternehmer hat natürlich das meiste Geschäftsinteresse, wenigstens insofern, als er bestrebt ist, die menschliche Arbeitskraft für eine billige Entlohnung soweit als möglich auszunutzen und für seine Person hohe Gewinne zu erübrigen.

Und kann man es einem untergeordneten Arbeiter verdenken, wenn das allgemeine Geschäfts- oder Arbeits-Interesse nicht in dem Sinne zur Betätigung gelangt, wie es die Herren Prinzipale wünschen. Wissen sie doch ganz genau, daß auch der Unternehmer sich in den meisten Fällen noch viel weniger oder gar nicht um die Interessen der Arbeiterschaft kümmert. Denn wenn letzteres der Fall wäre, so würden diese Herren in Bezug auf die Unfallverhütungsvorschriften, die gewerbegesetzlichen Bestimmungen, die hygienischen Einrichtungen usw. unendlich viel zu tun haben, um ihrerseits zu beweisen, was man vom Arbeiter verlangt. Und liegen dem Arbeiter seine eigenen Interessen und seine Familie nicht näher? Man kann doch füglich nicht mehr verlangen als Pünktlichkeit, Fleiß und brauchbare Arbeit. Von einem Arbeiter, der nicht Muße hat für sich selbst zu arbeiten, Geschäftsinteresse fordern, ist ein billiges Verlangen. Das sollten alle jene Arbeitgeber bedenken, die über mangelndes Interesse ihrer Leute klagen. Sie sollten zunächst einmal vorurteilsfrei überlegen, ob ihr Betrieb oder Geschäft ihre Leute auch interessieren kann. Interessen und Gedanken lassen sich nicht künstlich anziehen oder einimpfen.

Gewiß wird mit wenig Ausnahmen jeder Arbeiter und jede Arbeiterin immer bestrebt sein, den gestellten Anforderungen voll und ganz gerecht zu werden, wenn das Verlangte eben mit der menschlichen Leistungsfähigkeit vereinbar und möglich erscheint. Wo aber Unmögliches verlangt und der Arbeiter nur als Lohnsklave und Arbeitsobjekt betrachtet wird, wo bei geringem Lohn eine menschenwürdige Existenz ausgeschlossen ist und Unzufriedenheit sich einschleichen muß, kann von dem Vorhandensein eines Geschäfts- oder Arbeits-Interesses der Ausgebeuteten nicht die Rede sein. Zufriedenheit mit sich selbst und seinen Verhältnissen, Gleichberechtigung und Anerkennung, Befreiung vom kapitalistischen Joch, das sind die Kulturbedingungen, wonach die Arbeiterschaft strebt und worum sie ringt und kämpfen muß, in ihrem eigenen und ersten Interesse. M. S.

## Aus dem Genossenschaftsleben.

Die geplante Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine in Preußen hat die organisierten Konsumenten auf den Plan gerufen, sie haben eine große Protestaktion in die Wege geleitet und in überall stattgefundenen öffentlichen Versammlungen energig gegen die weitere Bedrückung der Konsumvereine protestiert. Die Referenten haben alleseitig auch die Gelegenheit benützt, um Aufklärung über die ungerechtfertigte Steuererhebung, wie sie bisher üblich gewesen, zu schaffen und im Vergleich mit England festzustellen, daß die dortige Regierung alles daran setzt, billige Lebensmittel für die große Masse der Bevölkerung zu schaffen, die kleinen Einkommen zu schonen (Einkommen bis zu 2200 Mk. sind in England steuerfrei) und die Konsumorganisationen ungeschoren läßt. Diese sind in England völlig steuerfrei, denn dort hat die Regierung die Erkenntnis, daß Konsumvereine keine auf Gewinn gerichtete Gewerbe sind, sondern Personengesellschaften, deren genossenschaftliche Tätigkeit auf Ersparnis und vorteilhafte Verwendung schon gemachten Einkommens hinzielt. Dabei gehört in England weit über ein Fünftel der Bevölkerung den Konsumvereinen an. Der Unterschied gegen Preußen-Deutschland ist allerdings in die Augen springend. Hier wird der breiten Masse des Volkes jeder Bißchen Brot und Fleisch, Gemüse und Hülsenfrüchte, Mühlenfabrikate, Salz, Getränke und Genussmittel, außerdem Bedarfsartikel, wie Beleuchtung, Streichhölzer usw. ungeheuer durch Zoll und Steuern verteuert, hier wird jedes Einkommen von 900 Mk. pro Jahr an zu den Kosten des Staates mit herangezogen und eines solchen Staates ist es auch würdig, die Konsumvereine, die wirtschaftlichen Organisationen der arbeitenden Bevölkerung, zu Steuern heranzuziehen, die in ihrer progressiv aufsteigenden Wirkung die Ersparnisse armer Arbeiter ebenso besteuert, wie Leute mit Millionen-einkommen. Und nun ein Teil der Konsumvereine durch die Einführung eines festen Rabatts, also einer einlagbaren Schuld an die Mitglieder, die besteuerbare Einkommenssumme zu vermindern sucht, kommt die neue Steuererhebung und verlangt, daß jede den Mitgliedern in Form von Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung zu den steuerpflichtigen Überschüssen gerechnet wird.“ Mit Recht wehren sich die Konsumvereine gegen diese neueste Vergeßlichkeit, die ja doch schließlich eine weitere indirekte Lebensmittelverteuerung darstellt. Ob freilich die Proteste der Hunderttausende auf unser preussisches Dreiklassenparlament irgend welchen Eindruck ausüben werden, ist eine Frage, die ja wahrscheinlich in den nächsten Wochen entschieden werden wird, mit großer Hoffnung kann die organisierte Konsumentenschaft auf die Entscheidung wohl kaum blicken.

Das brutale Vorgehen des großen Bruders Preußen macht die kleineren Brüder mutig, auch denselben Weg einzuschlagen; so waren in Lippe die Konsumvereine bisher der Einkommensteuer nicht unterworfen. Die Regierung hat nun eine Vorlage eingebracht, wonach künftig auch die Konsumvereine einkommensteuerpflichtig sein sollen. Die lippeische Handelskammer ist jedoch damit unzufrieden und wünscht gleich eine Uebernahme der von der preussischen Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen, die den festen Rabatt erfassen sollen. Das genügt den Herren aber noch nicht. Sie möchten überdies auch noch eine Bestimmung nach Chemnitzer Muster hinein haben, wonach die Konsumvereine mindestens acht Prozent ihres Umsatzes als Einkommen versteuern müssen.

In Oldenburg war man bemüht, ein altes Steuerrecht wieder gut zu machen. Seit 1906 waren in Oldenburg auf Veranlassung der Regierung, die dem „Mittelstand“ einen Gefallen erweisen wollte, die Genossenschaften der Einkommensteuer unterworfen, und zwar wurden sämtliche Genossenschaftsarten gleichmäßig besteuert. Diese Belastung wurde jedoch den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu groß und ihre Vertreter erhoben nun regelmäßig im Landtage Protest dagegen. Da aber der Landtag seit

landwirtschaftlichen Genossenschaften keine Ausnahme zuzulassen wollte, wurde schließlich ein Beschluß angenommen, der alle Genossenschaften von der Steuer freilassen will. Drei Tage später, am 25. Februar, hielten die Mittelständler eine Profesterversammlung ab; mit beispiellosem Eifer hegten sie gegen die Konsumvereine und hatten denn auch den Erfolg zu verzeichnen, daß der Landtag den vorigen Beschluß mit 198 gegen 23 Stimmen wieder rückgängig machte. Gegenüber dieser unermüdblichen Sehe der Mittelständler, die in allen Staaten und Städten die gleiche ist, können die Konsumvereine ihre Stellung nur behaupten, wenn ihnen ihre Mitglieder tren zur Seite stehen und bei jedem Steuerattentat zeigen, daß sie keineswegs gewillt sind, die Interessen der organisierten Konsummenten auch weiterhin verletzen zu lassen. Die Konsumvereine an sich sind ja infolge der gesetzlichen Bestimmungen ziemlich machtlos derartigen Treiberen gegenüber, aber ihre Mitglieder können daraus die Erkenntnis schöpfen, daß sie ihre wirtschaftlichen Interessen nur dann im Parlament schützen können, wenn sie für die Wahl konsumvereinsfreundlicher Kandidaten stimmen. Die Umfrage bei den letzten Reichstagswahlen hat gezeigt, daß von verschwindend wenigen Ausnahmen abgesehen solche Freunde nur bei den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu finden sind, das Zentrum, das sich so stolz Volkspartei bezeichnen, hat in dieser Frage, die weite Bevölkerungskreise der verschiedensten Richtungen berührt, völlig versagt.

Während nun überall der „alte Mittelstand“, der sich aus selbständigen Handwerkern, Geschäftslenten und kleinen Fabrikanten zusammensetzt, gegen die Konsumvereine aus Konkurrenzsucht mobil macht, scheint das Interesse des „neuen Mittelstandes“, Privatbeamte, Techniker, Ingenieure usw., für die genossenschaftliche Organisation zu erwachen, wie sie sich ja auch in den letzten Jahren gewerkschaftlich gut organisiert haben. Die „Deutsche Industriebeamtenzeitung“ bringt einen sehr beachtenswerten Artikel über die Beziehungen der technischen Beamten zu den Konsumvereinen. „Deren Eigenproduktion, die nur für den Bedarf der Mitglieder arbeitet, hat das größte Interesse daran, nur Qualitätsware zu erzeugen. Der Bedarf ist durch den Mitgliederkreis gegeben, dadurch ist Ueberproduktion ausgeschlossen, ein übermäßiges Anwachsen der Lager und eine dadurch entstehende Krise ist also in den Konsumvereinsbetrieben unmöglich. Im Gegenteil hat die bisherige Entwicklung gezeigt, daß gerade in Zeiten der Krise die Konsumvereinsbetriebe außerordentlich stark beschäftigt waren. Während in Krisenzeiten in kapitalistischen Betrieben die Tendenz herrscht, die Arbeiterlöhne herabzusetzen, die Arbeitszeiten zu verlängern, fällt für den genossenschaftlichen Betrieb einmal die Möglichkeit weg, weil es für ihn eine Krise nicht gibt, dann aber auch fehlt diesem die Tendenz hierzu, denn der Konsumvereinsbetrieb hat kein Interesse daran, seine Angestellten, die seine eigenen Mitglieder sind, auszubenten.“ — Es ist sehr erfreulich, wenn sich in den Kreisen der technisch-industriellen Beamten das Bedürfnis nach genossenschaftlicher Organisation regt, sie können die Vorteile, welche die Konsumvereine bieten, gewiß ebenso gut gebrauchen, wie die industrielle Arbeiterschaft und die Konsumvereine mehr ihre Mitgliederzahlen, was sie auch gut gebrauchen können.

## Korrespondenzen.

**Mainz-Wiesbaden.** Am 26. März fand die Generalversammlung statt. Kollege Müller sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Kollegenschaft jeden beliebigen Klimbum über ihre Berufsinteressen stelle, und es sei beschämend, daß wir erst das Ende der Mainzer Frühjahrsmesse abwarten mußten, ehe wir unsere Versammlung abhalten konnten. So lange eine solche Interessenlosigkeit herrsche, werde die Kollegenschaft in Mainz wie auch in Wiesbaden als fünftes Rad am Wagen angesehen. Kollege Müller erstattete hierauf den Bericht vom Verbandstag in Berlin. Nachdem er nochmals den Gang der Tarifverhandlungen in Leipzig und Berlin erläuterte, gab er die Gründe bekannt, die die Berliner Kollegen-

schaft zu ihrem Vorgehen gegen den Tarifabschluß und dem Hauptvorstand vorzuschübe, und es war ihm ein Leichtes, die Versammelten zu überzeugen, wie Unrecht die Berliner Kollegenschaft resp. ihre Leitung tat, da die Mainzer und Wiesbadener Kollegenschaft ja die Folgen dieses un-demokratischen Verhaltens und des darauffolgenden Zwistes in untrüglichen Zeichen zu spüren bekam. Es fand eine Resolution einstimmige Annahme, die dem Hauptvorstand volles Vertrauen ausdrückte und das Vorgehen der Berliner Kollegenschaft aufs höchste bedauerte, sowie die Haltung des Kollegen Müller auf dem Verbandstage voll und ganz billigte. Den Jahresbericht für 1911 erstattete ebenfalls Kollege Müller. Der Mitgliederstand betrug am 31. Dezember 1910 27 männliche und 76 weibliche, zusammen 103 Mitglieder. Aufgenommen wurden 22 männliche und 59 weibliche, zusammen 81 Mitglieder. Ausgetreten, abgereist resp. gestorben sind 12 männliche und 44 weibliche, zusammen 56 Mitglieder. Es bleibt ein Mitgliederbestand am Schluß des vierten Quartals 1911 von 37 männlichen und 91 weiblichen, zusammen 128 Mitglieder. An Beitragsmarken wurden abgesetzt: 1149 zu 20 Pf., 2363 zu 30 Pf., 446 zu 40 Pf., 441 zu 50 Pf. und 420 zu 60 Pf., im ganzen 4819 Beiträge. Die Gesamteinnahmen betragen 1681,80 Mk. An Hauptkassen wurden gesandt 664,93 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurde bezahlt an 9 männliche und 5 weibliche Mitglieder 330,40 Mk. Krankenunterstützung an 8 männliche und 24 weibliche 235,85 Mk. Wöchnerinnenunterstützung bekamen 10 Kolleginnen pro 10 Mk., in Summa 100 Mk. Die Gesamtunterstützung beträgt demnach im Jahre 1911 696,25 Mk. Wir empfehlen diese Zahlen, die für unsere kleine Zahlstelle in Betracht kommen, dem Studium des Herrn Schmitz, der, als Streifenmarken erhoben werden sollten, wie ein Befessener tobte und die Behauptung aufstellte: die Großen, die die Mitglieder zahlen, würden die Führer verpassen. Eine leichtfertige Behauptung von einem Arbeiter, der in einer jungen Mitgliederzahl nur heillose Verwirrung anrichtet zum Schaden der Mitglieder selber. Versammlungen fanden statt: 6 öffentliche, davon in Mainz zwei, in Wiesbaden vier, als Referenten sprachen Kollege Raß dreimal, Kollege Zehde, Gisinger, sowie Kollege Müller je einmal; ferner 13 Mitgliederversammlungen, davon 5 in Wiesbaden; 15 Betriebsversammlungen in Mainz, 3 in Wiesbaden. Vorstandssitzungen fanden 9 statt, mit den Vertrauenspersonen 5. An Sitzungen mit anderen Verbänden nahm der Vorsitzende viermal teil. Hausausstellungen fanden an 17 Tagen statt an 5 Orten. An Korrespondenzen gingen ein 72 Briefe, 81 Postkarten, 11 Drucksachen und 53 Postsendungen. Abgesandt wurden 211 Briefe, 67 Postkarten und 91 Drucksachen. Persönlich vorstellig bei Differenzen war der Vorsitzende in fünf Fällen. Schriftliche Beschwerden gingen 15 ab, davon drei an Behörden, drei nach Wiesbaden. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß von einer Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur an einzelnen Stellen etwas zu bemerken ist. In einigen Betrieben weigert man sich entschieden, auch nur die geringsten Verbesserungen zu gewähren und sind es meistens diese Firmen, die jahraus, jahrein in den Zeitungen Personal suchen. Heftig geklagt wurde über einige Kollegen, die systematisch die Organisation zu untergraben suchen, sodaß wir Anlaß nehmen müssen, uns in Zukunft an anderer Stelle mit ihnen zu beschäftigen. Hauptächlich die Kollegin M. D. scheint wieder in ihre alten Fehler zu verfallen. Wir wollen diese Kollegin daran erinnern, daß wir es waren, als sie in ihrem früheren Wirkungskreis für ihr gemeingefährliches Tun ihre gerechte Entlassung erhielt, den Mantel christlicher Nächstenliebe über sie breiteten, sonst hätte sie ihre schriftlichen Erzeugnisse und sonstiges noch sehr nachhaltig büßen müssen. Mag sie ihrer Wege gehen, wir werden sie nicht vermissen, wenn sie nur uns nicht belästigt, sonst klopfen wir ihr auf die Finger. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand zum größten Teil wiedergewählt. Neu sind: Kollege Große als 2. Vorsitzender, Kollege Hahn sowie Kollegin Gutmann als Vize. Zum Schluß teilte Kollege Müller noch einige Bemerkenswertes über die Situation in der Hilfsarbeiterfrage in Mainz und Wiesbaden mit und es soll in nächster Zeit eingehender dazu Stellung genommen werden. Sodann wurde noch ange-regt, in Gemeinschaft mit der Wiesbadener Kollegenschaft einen Frühjahrsausflug in den Taunus zu machen, wozu der Vorstand das Nähere veranlassen soll. Die Hoffnung aussprechend, daß wir nächstes Jahr einen besseren Erfolg berichten können, schloß Kollege Müller die Versammlung.

**Mannheim-Ludwigshafen.** Am 24. März tagte unsere Generalversammlung, wozu unter Punkt I der Tagesordnung Kollegin Stiefel Bericht vom Außerordentlichen Verbandstag in Berlin erstattete. Die Versammlung erklärte sich vollständig mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Verbandstage einverstanden und es fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute am 24. März 1912 tagende Generalversammlung erklärt sich mit der Stellungnahme ihrer Delegierten auf dem Außerordentlichen Verbandstag vollständig einverstanden, wünscht jedoch, daß von Seiten des Zentralvorstandes wie der Berliner Zahlstelle alles daran gesetzt wird, um dem Konflikt ein Ziel zu setzen und daß weitere Maßnahmen unterbleiben möchten.“

Aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1911 ist zu entnehmen, daß eine General-Versammlung, 22 Mitgliederversammlungen, 16 Vorstandssitzungen, 1 Profesterversammlung, 32 Geschäftsversammlungen, 7 Sitzungen der Lohnkommission, zusammen 79 Versammlungen stattfanden. Das Tarifschiedsgericht trat im vergangenen Jahre nicht zusammen. Alle Differenzen konnten durch den Vorstand beigelegt werden, mit Ausnahme eines Falles in der Parteidruckerei „Volkstimme“. Hier wurden die Differenzen von Seiten der Geschäftsleitung so ausgehandelt, daß es notwendig war, das Gewerkschafts-Sekretariat anzurufen. Ebenso mußte der Gauleiter gerufen werden. Es handelte sich dort um die Benutzung unseres Arbeitsnachweises und um die Befestigung eines von unserer Zahlstelle wegen Kontraktbruch ausgedienten Mitgliedes. Da sich Herr Direktor Linz auf den Standpunkt stellte, daß er es nicht nötig hat, unsere Wünsche zu erfüllen, so konnte keine Einigung erzielt werden, und es hat daher eine Mitgliederversammlung die Konsequenzen gezogen, welche auch von der Ortsverwaltung bis jetzt eingehalten wurden und solange eingehalten werden, bis die Parteidruckerei einzieht, daß auch in ihrem Betrieb das Buchdrucker-Hilfspersonal ein Recht hat, die Wahrung seiner Interessen zu verlangen. Der Arbeitsnachweis wurde von Seiten der Arbeitgeber wie vom Hilfspersonal zufriedenstellend in Anspruch genommen. Offene Stellen wurden 73 gemeldet, besetzt wurden 98, bleiben 25 Stellen ohne Bestellung. Von Seiten des Hilfspersonals laagen 109 Meldungen vor. An Korrespondenzen mußten gegen 500 erledigt werden. Der Kassenbericht zeigt sich wie folgt zusammen: Einnahmen 2479,85 Mk.; Ausgaben: Arbeitslosenunterstützung 247,85 Mk., Krankenunterstützung 292,45 Mk., Wöchnerinnenunterstützung 180 Mk., Maitation 36,55 Mk., Verwaltungskosten 7 1/2 Proz. der Einnahmen 185,38 Mk., Remuneration 1910 und 1911 134,50 Mk., Bargeld an die Hauptkasse gesandt 1320,81 Mk., vorhandener Vorrat 132,27 Mk. Die Abrechnung der Lokalfasse ergibt 7 1/2 Proz. der Einnahmen 185,38 Mk., Lokalaufschläge 98,45 Mk., Maschinenabverschleiß von 1911 37,84 Mk. Die Ausgaben betragen 317,08 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Oktober 1910 10 männliche und 130 weibliche, am 1. Januar 1912 15 männliche und 137 weibliche Mitglieder. Bei der Wahl zur Ortsverwaltung wurde die bestehende Verwaltung wieder einstimmig gewählt. Für Oster-sonntag wurde ein Ausflug nach Heidelberg-Ruhloch beschlossen.

**Stuttgart.** Die am 25. März stattgefundene Monatsversammlung beschäftigte sich mit dem am 31. März gemeinsam mit dem zweiten Gau in Mannheim stattfindenden Gantag. Von einer Stellungnahme durch die Versammlung wurde abgesehen. Als Delegierte wurden die Kollegen Dietrich und Löffler und die Kollegin Maurer gewählt. Hierauf gab Kollege Dietrich den Bericht vom Tarifschiedsgericht. Im verfloffenen Berichtsjahr haben fünf Sitzungen stattgefunden, bei denen sieben Klagen zur Verhandlung standen. Das Hilfspersonal erhob in zwei, die Prinzipale in fünf Fällen Klage. Eine Klage hatte für das Hilfspersonal vollen Erfolg, zwei wurden durch Vergleich erledigt und in vier Fällen erfolgte Verurteilung wegen Kontraktbruch. Unter Verschiedenem erwähnte der Vorsitzende die Kollegenschaft, die Extrabeiträge, soweit sie noch nicht geleistet sind, vollends zu entrichten. Mit der Auforderung an die Mitglieder, für einen besseren Versammlungsbesuch zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

## Rundschau.

**Konventionalkasse bei Lohnbewegungen.** Mit welchen Mitteln die Unternehmer zur Solidarität gezwungen werden, zeigt ein interessanter Prozeß, der vor dem Oberlandesgericht Augsburg seinen

Abschluss gefunden hat. Im Sommer vorigen Jahres traten die Schlossergehilfen in Augsburg in eine Tarifbewegung ein. Die in einer Sitzung vereinigten Schlossermeister beschloßen nun, mit der Organisation der Gehilfen zwar zu verhandeln, aber unter keinen Umständen einen Tarif mit der Organisation abzuschließen. Man war sich aller Zinnungsmitglieder jedenfalls nicht so ganz sicher und damit auch der Beschluß gehalten und kein Meister abtrünnig werde, mußten sich alle verpflichten, je nach der Gehilfenzahl eine Konventionalstrafe zu zahlen, wenn der gefasste Beschluß nicht eingehalten wird. Dem Schlossermeister Plabst war das nicht recht und er protestierte in der Meisterversammlung, unterschrieb aber später den Revers doch. Seine Zustimmung wurde ihm aber wieder leid, als die Gehilfen infolge der absehnenden Haltung der Meister in den Streik traten. Er hatte Arbeiten zu einem bestimmten Termin fertigzustellen und sah sich zum Nachgeben gezwungen. Er unterschrieb daher den von der Gehilfenorganisation eingereichten Tarif.

Aus dieser Haltung wollten ihm nun seine Zinnungsbrüder einen Strich drehen. Sie verlangten von dem fahnenflüchtig gewordenen Mitglied die Bezahlung der vereinbarten Konventionalstrafe in der Höhe von 650 Mk. Plabst weigerte sich und darauf wurde Klage gegen ihn erhoben. Das Landgericht Augsburg wies die Klage der Schlosserinnung kostenfällig ab, da die Vereinbarung auf Grund des § 152 A.-G.-O. erfolgt sei und jedem Beteiligten es frei stehe, von einer solchen Vereinbarung zurückzutreten. Auf den Rücktritt könne weder Klage noch Einrede erfolgen.

Die Schlosserinnung hatte gegen dieses Urteil Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt. Auch dieses hat nun die Klage unter Aufbindung der Kosten auf die Klägerin abgewiesen. Das Oberlandesgericht stellte sich auf den Standpunkt der ersten Instanz.

Dieser Entscheid kann für die Innung bedeutliche Folgen nach sich ziehen. Es steht nun jedem Meister frei, trotz des Zinnungszwanges die billigen Forderungen der Gehilfen zu erfüllen und er braucht nicht zu befürchten, daß er durch die ihm ausgenötigte „Brüderlichkeit“ sein Geschäft ruiniert.

Eine Gauleiterkonferenz der Lithographen und Steindrucker beschäftigte sich eingehend mit der Anregung des Schutzverbandes deutscher Steindruckermeister, auf der Grundlage der nach dem großen Kampf abgeschlossenen Vereinbarungen einen festen Tarifvertrag für das gesamte Lithographie- und Steindruckgewerbe zu schaffen. Nach den Beschlüssen früherer Verbandsgeneralversammlungen hat die Konferenz der Anregung zugestimmt. In der Aussprache über die gegenwärtige Situation nach Beilegung des großen Kampfes wurde an vielen Beispielen festgestellt, daß von einer ganzen Anzahl Prinzipale die abgeschlossenen Vereinbarungen durchbrochen oder ganz willkürlich ausgesetzt werden. Darum machte die Gauleiterkonferenz ihre Zustimmung von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, die solche Uebergänge der Prinzipale für die Folge ausschalten, abhängig. Die Voraussetzungen, unter denen der Hauptvorstand Vorverhandlungen führen soll, sind:

1. daß der Schutzverband in der Lage ist, seine Mitglieder zur vollen Einhaltung der abgeschlossenen Vereinbarungen anzuhalten;
2. daß der Schutzverband bezw. seine Mitglieder alle organisationsfeindlichen gegen die Mitgliedschaft im Verbands der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe gerichteten Handlungen unterlassen und
3. daß eben die Allgemeinheit der Unternehmer und Gehilfen die Träger der Tarifgemeinschaft sind.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, wenn der Schutzverband den vorstehenden Punkten nachkommt, diesen um Vorlegung einer entsprechenden Vorlage zu ersuchen, die in einer späteren Gauleiterkonferenz näher besprochen werden muß, bevor entscheidende Schritte unternommen werden.

**Aufgaben der Gewerkschaften.** Durch ihre Gewerkschaften lernen die Arbeiter, in planmäßiger, zielbewusster Weise Solidarität üben, vorausgesetzt, daß sie mit Kopf und Herz bei der Sache sind, schreibt Robert Steiner. Die Muskolabaten unter den Gewerkschaftlern, deren es leider noch viele gibt, lernen auch in ihren Organisationen nichts. Sie bleiben dieselben kurzschichtigen, bornierten Egoisten, die sie immer gewesen sind und freuen sich in ihrer Verleumdung hämisch, wenn irgendein Unternehmen ihrer tatkräftigen, intelligenten Kameraden schief geht...

Die Arbeiter wissen gar nicht, welche Fülle von Macht sie für ihre Interessen in die Waagschale werfen könnten, wenn sie nur gegen sich selber und ihre Sache eifrig wären, wenn sie ihren Verband verständlich gebrauchten, und wenn sie in der Wahrung ihrer eigenen gemeinsamen Angelegenheiten so viel moralischen Mut an den Tag legten, wie sie im allgemeinen physischen Mut besitzen.

Das Gefühl der Gleichberechtigung mit allen anderen Menschen läßt sie gewöhnlich dann kläglich im Stiche, wenn es gilt, es gegenüber einem prosaischen Selbstsach zum Ausdruck zu bringen.

Das Allerschlimmste aber ist, daß so viele von ihnen an einer geistigen Kette hängen, die sie verhindert, an die Quellen zu gelangen, aus denen die Vernunft gesunde Nahrung schöpft. Solange es für einen Menschen verbotene Früchte der Erkenntnis gibt, die zu kosten er sich fürchtet, kann er nicht zu einem richtigen Verständnis der Welt gelangen, in der er lebt, in der er sein Glück oder Unglück findet. Und wer die Welt nicht kennt, in der er lebt, wer die Zusammenhänge der sozialen Erscheinungen nicht begreift, mit denen seine eigenen Geschehnisse taufenständig verbunden und verwoben sind, kann auch nicht sachverständig, zielbewußt und mit Sicherheit und Selbstvertrauen handeln.

Die Gewerkschaftsbewegung hat außer ihren ökonomischen Funktionen auch eine pädagogische Aufgabe zu erfüllen: Die Arbeiter zum intellektuellen Selbstbewußtsein und zum sozialen Klassenbewußtsein zu erziehen. Sie zu erziehen zu der Selbstheit, sich über die Erscheinungen unseres Gesellschaftslebens eigene Urteile zu bilden und ihnen mutig zu vertrauen.

Die stärkste Macht der Welt ist die Intelligenz, und im Bunde mit dem starken Arm, der das ökonomische Getriebe der Gesellschaft im Gange hält, ist sie unbesiegbar.

Der Zug der Zeit spiegelt sich in der Organisation. Alles, was tätig ist, schließt sich zusammen: am Amboß oder hinterm Pflug, hinter dem Adentisch oder auf der Bühne, im Gerichtssaal oder auf der Kanzel. Politische, wirtschaftliche, soziale und religiöse Interessen wirken in mehr oder minder starken Organisationen neben- und gegeneinander. Wer nicht dazu gehört, wird übergangen. Nur der Starke findet Berücksichtigung, nur die Massen bekommen Gehör. Wer will da noch länger zurückstehen und anderen die Arbeit für sein Wohl überlassen? Untätig abseits stehen, während die Not und Bedrängnis unseres Standes immer größer wird? Vorwärts! heißt die Lösung unserer Lage. Für die Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter erst recht!

**Kein Terrorismus.** Die Textiltrina Karl Fleer u. Co. in St.-Glabach-Mhebt erlebte an ihre Arbeiter die folgende Bekanntmachung: „Hierdurch fordern wir sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf, falls sie irgend einem Verband angehören, sich sofort bei demselben abzumelden, da wir nicht dulden, daß bei uns beschäftigte Personen einem Verband angehören. Alle bei uns in Arbeit stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich innerhalb acht Tagen schriftlich zu verpflichten, daß sie keinem Verbands angehören, widrigenfalls sofortige Entlassung erfolgt.“

50 000 weibliche Mitglieder hat der Textilarbeiterverband im Februar dieses Jahres erreicht. Mehr als 1000 von ihnen sind ehrenamtlich in den Vorständen und Kommissionen tätig. Das ist ein erfreulicher Erfolg, der zeigt, daß die Arbeiterinnen immer mehr die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen erkennen und erkannt haben. Das abgedrochene dumme Wort, die Frau gehört ins Haus, ist längst durch die Tatsache, daß Hunderttausende von Frauen und Mädchen zu einem Erwerbe gezwungen werden, widerlegt. Meistens wird die Arbeiterin dem konkurrierenden männlichen Arbeiter gegenüber als Lohnbrüder gebraucht und sie möge qualitativ und quantitativ dasselbe oder noch mehr leisten als der Mann, geringer bezahlt wird sie doch. Ihr Schutz vor Ausbeutung und die Wahrung ihrer Rechte, auch ihrer zivilischen Rechte, erfolgt nur durch die Organisation. Die unorganisierte Arbeiterin ist bei den Vorgesetzten beliebter, weil sie williger ist, behaupten die Unternehmer, nein, weil sie sich mehr gefallen läßt, sie ist schußlos und kann ihrem Verlangen nicht den erforderlichen Nachdruck geben. Die organisierte Arbeiterin wird nicht gern gesehen. Aber der „Textilarbeiter“ hat recht, er sagt, „wenn man sie auch hat, man achtet sie doch“. Das sollten auch unsere unorganisierten Kolleginnen einsehen. Das schöne Resultat der Textilarbeiterinnen muß unseren weiblichen Mitgliedern Ansporn in der Agitation sein.

**Steuerabzugsfähigkeit des Straßenbahnlinien-Abonnements.** Die oberste preussische Steuerabzugsbehörde hat jetzt anerkannt, daß die Ausgaben, welche Arbeiter, Handwerker, Geschäftsangestellte usw. für Straßenbahn- oder Stadtbahnfahrten von und zur Arbeitsstelle aufwenden müssen, als Ausgaben im Sinne des § 20 des Staatseinkommen-Steuergesetzes einzuschätzen und demnach abzugsfähig sind.

Eine heilsame Lektion hat der Bürgermeister der Stadt Havre in Frankreich einem tarifbrüchigen Buchdruckereibesitzer erteilt. Dort sind alle Prinzipale des Buchdruckgewerbes, die für den Staat oder die Gemeinden arbeiten, verpflichtet, ihre Arbeiter nach dem Syndikatsarif für Handarbeit zu bezahlen. Gegen diese Abmachung verließ der Buchdruckereibesitzer Micau, der den vereinbarten Tagelohn von 6 Franken in der Zeit vom 15. November bis 15. Dezember 1911 auf 5,75 Franken herabsetzte. Diese Lohnreduzierung gab dem Stadtoberhaupt Gelegenheit zum Einschreiten. Dem Prinzipal wurde bedeutet, die Stadtkasse werde ihm bei Belegung seiner Rechnung 110 Franken abziehen zur Rückerstattung an seine Arbeiter. Das sehr vernünftige Vorgehen dieser Stadtverwaltung kann allen Abnehmern nur dringend zur Nachahmung empfohlen werden.

Ein Mantel ist für den Kassierer immer eine verteuert unangenehme Sache. Er wird nicht eher ruhen, bis er ihm auf die Spur gekommen ist. Den Fehlbetrag herauszubringen, ist aber oft gar nicht so einfach. Ein Rechenfehler kann sehr verschiedene Ursachen haben, deren Feststellung auch dem gewieuesten Zahlenmenschen schier zur Unmöglichkeit wird. Aber Ausdauer führt zum Ziele und schließlich irgendwo muß er doch stecken. Das sagte sich auch die Geschäftsleitung einer Getreidefirma in St. Pauli, in deren Büchern sich ein Rechenfehler von genau 100 Dollar eingeschlichen hatte. Im letzten Grunde bei einem großen Geschäft ja kein namhafter Betrag, aber bei einer geordneten Kassenführung darf so etwas eben nicht vorkommen. Deshalb untersuchte ein erfahrener Bücherrevisor monatlang die Bücher und die Firma ließ es sich mehr als 100 Dollar kosten, um die Sache klarzustellen; denn wenn sollte die Schuld an dem Mantel beigemessen werden. Eines Tages hastete das Auge des Revisors einige Augenblicke an einem Eintrag von 150 Dollar und sein Meißel ruhte dabei auf der Ziffer 1 dieses Eintrags. Plötzlich brach diese Ziffer 1 in zwei Stücke und diese glitten die Seite hinab. Es stellte sich heraus, daß die angegebene Ziffer 1 ein Fliegendein war, das gerade vor der Ziffer 50 aufrecht stehen geblieben war und diese auf 150 Dollar erhöht hatte. Die Fliege, zu der das Bein gehört hatte, war wahrscheinlich beim Aufschlagen des Buches zerquetscht worden und beim Wieder-ausschlagen unbeachtet herausgefallen. Man unterschätze daher nicht den Wert eines Fliegenbeines. Das Leben dieser Fliege hat die Firma teuer bezahlen müssen. Aber die Ehre des Kassierers war gerettet und doch hat er sich von einer Fliege reinlegen lassen, wie anscheinend auch die „Zeitchrift“, der wir die Geschichte entnehmen haben.

## Adressenveränderungen

Der diesmaligen Zeitungsendung liegt für jede Zahlstelle eine Anzahl roter Adressentarten bei, von denen bei jedem Wohnungswechsel der Funktionäre und bei jeder Neuwahl Gebrauch zu machen ist. Für die Herausgabe des nächsten vollständigen Adressenverzeichnis ist von allen Zahlstellen die Einschendung einer genau und deutlich ausgefüllten Karte bis spätestens 10. April d. J. erforderlich.

Brandenburg a. S.  
Kassiererin: Anna Speichert, Annenstraße 19/20 Hof II.

**Hadruß.**

Am 25 März verstarb nach längerer, schwerer Krankheit unser Kollege

**Otto Bendler**

(i. Fa. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart)

im Alter von 86 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Bahnhofstraße Stuttgart.